

PRESSEMELDUNG

Stuttgart, 23.11.2017

Gespräch mit Sozialminister: Verbände fordern Planungssicherheit für Physiotherapieschulen

Um die Auswirkungen des Privatschulgesetzes auf die Zukunft der Physiotherapieschulen in Baden-Württemberg ging es vor einer Woche in einem Gespräch zwischen Sozialminister Manfred Lucha und den Verbänden PHYSIO-DEUTSCHLAND, Verband der Privatschulen (VDP) und Verband der leitenden Lehrkräfte an Schulen für Physiotherapie (VLL). Der Fortbestand der durch die neuen Regelungen im Privatschulgesetz finanziell bedrohten Physiotherapie-Schulen soll langfristig gesichert werden. Hierzu soll eine Arbeitsgruppe aus Experten eingesetzt werden. Die Verbände mahnten an, dass die Planungssicherheit der Schulen ab kommendem Jahr bei allen weiteren Schritten gewährleistet sein muss.

Durch den Einsatz einer Expertengruppe sollen belastbare Ergebnisse hinsichtlich des langfristigen Finanzierungsbedarfs in der Physiotherapeutenausbildung an den freien Physiotherapie-Schulen ermittelt werden. Dies hatten die Regierungsfractionen in ihrem Entschließungsantrag so gefordert. Darüber hinaus sollen noch weitere Parameter in das Ergebnis einfließen. So sprach der Minister ebenfalls den Akademisierungsprozess, den zu erwartenden Bedarf an Physiotherapeuten im Land sowie die Qualität in der Ausbildung an. Auch ein Ländervergleich wird angestrebt.

In der Arbeitsgruppe sollen neben dem Sozialministerium und Vertretern der Verbände auch das Finanz- sowie das Kultus- und das Wissenschaftsministerium vertreten sein. Finanzwirksame Ergebnisse sollen in einem Nachtragshaushalt geltend gemacht werden. „Es ist mein Ziel, eine ausreichende Finanzierung der privaten Physiotherapieschulen sicherzustellen“, versicherte der Minister den Verbändevertretern.

Der Berufsverband PHYSIO-DEUTSCHLAND begrüßt das Ergebnis des Gesprächs, macht aber deutlich, dass das Problem der Physiotherapieschulen bisher nur vertagt und noch nicht gelöst wurde. „In unserem Gutachten haben wir detailliert die Ausbildungskosten in der Physiotherapie dargestellt“, so Vorstandsvorsitzender Michael N. Preibsch nach dem Gespräch. Dieses Gutachten liegt dem Ministerium seit 2015 vor. „Wir erwarten, dass die Ergebnisse unseres Gutachtens eine wesentliche Rolle in der Arbeitsgruppe spielen werden. Das gilt sowohl für den Finanzierungsbedarfs wie auch für die Einführung eines eigenen Kopfsatzes für die Physiotherapieausbildung.“ Für die Schulen fordert der Verband eine rechtsichere Übergangslösung, um Planungssicherheit für das kommende Jahr zu gewährleisten. „Wir freuen uns auf die Arbeit in der Arbeitsgruppe“, so Preibsch weiter „und begrüßen den avisierten, straffen Zeitplan des Ministeriums, der Ergebnisse für Ostern 2018 vorsieht.“

Zum Hintergrund des Gesprächs: Durch das neue Privatschulgesetz, das in Baden-Württemberg kürzlich verabschiedet wurde, geraten viele der Physiotherapieschulen im Land in eine existenzielle Notlage. Grund ist: Die derzeitigen Kopsatz-Zuschüsse für einen Auszubildenden in der Physiotherapie entsprechen nicht den realen Kosten eines Ausbildungsplatzes. Werden nun, wie durch das neue Privatschulgesetz gefordert, die Schulkosten auf maximal 160 Euro monatlich abgesenkt, entsteht eine deutliche Unterfinanzierung der gemeinnützigen Schulen.

PHYSIO-DEUTSCHLAND fordert angesichts des Fachkräftemangels eine kostenfreie Ausbildung, wie es auch in anderen Gesundheitsfachberufen die Regel ist. Die Umsetzung des Sonderungsverbots zum Schuljahr 2018/2019 ist ein Schritt in die richtige Richtung zur Reduzierung des Schulgelds, darf aber nicht zu Lasten der Schulen gehen, da Abstriche in der Qualität der Ausbildung bis hin zu Schulschließungen zu befürchten sind.

Weitere Infos und Presseanfragen:

Jenny Dusche

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Deutscher Verband für Physiotherapie (ZVK)

Landesverband Baden-Württemberg e.V.

Rotebühlstraße 63, 70178 Stuttgart

E-Mail: dusche@bw.physio-deutschland.de

Fon: 0711. 925 41 16

Fax: 0711. 925 41 44